

Schweiz

Familieninitiative

Nun stellen SP und CVP ihre familienpolitischen Forderungen

Nach dem Nein zur SVP-Initiative werden Kindergutschriften und steuerfreie Kinderzulagen verlangt.

Von Markus Brotschi, Bern

Wer seine Kinder nicht in die Krippe oder die Tagesschule schickt, kann auch künftig keinen Betreuungsabzug geltend machen. Das Volk und 23 Stände verwarfen den von der SVP geforderten Steuerabzug für Eigenbetreuung mit 58,5 Prozent deutlich. Damit scheiterte zum zweiten Mal in diesem Jahr eine neue Verfassungsbestimmung zur Familienpolitik. Am 3. März war der Familienartikel am Ständemehr gescheitert. Dieser hätte Bund und Kantone bei der Förderung von Krippen und Tagesschulen mehr in die Pflicht genommen.

Dennoch bleibt die Familienpolitik zuoberst auf der Traktandenliste der eidgenössischen Politik. So wird das Volk voraussichtlich 2015 über eine Initiative der CVP abstimmen, die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien will. Von dieser Initiative könnten - im Gegensatz zum gescheiterten Volksbegehren der SVP - alle Eltern profitieren. Die CVP begründet ihre Forderung damit, dass es unsinnig sei, eine Zulage zur Unterstützung der Eltern zu besteuern. Allerdings werden auch bei der CVP-Initiative die Steuerausfälle von rund einer Milliarde Franken zu reden geben. Für den Bund betragen die Verluste 200 Millionen, für Kantone und Gemeinden 760 Millionen pro Jahr.

Zur Diskussion steht aber auch ein völliger Umbau der heutigen steuerlichen Entlastung der Eltern. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wird nächstes Jahr einen Bericht präsentieren zur Wirkung der heutigen Steuerabzüge. Konkret geht es um die Frage, ob die Familien statt mit Abzügen künftig mit Kindergutschriften unterstützt werden sollen. Diese Gutschriften würden direkt vom geschuldeten Steuerbetrag abgezogen. Das hätte den Vorteil, dass Eltern mit tiefem Einkommen besser fahren würden als heute. Denn Steuerabzüge helfen tendenziell den Gutverdienern.

Deshalb fordert die SP schon lange Kindergutschriften anstelle der Abzüge. Mittlerweile hat aber auch die CVP dieses Instrument entdeckt. So fordert die Partei in einem Positionspapier eine Steuerabzug von 1000 Franken pro Kind. Unbestritten ist der Systemwechsel in der CVP allerdings nicht. Denn die Abschaffung der heutigen Steuerabzüge würde für den oberen Mittelstand zu erheblichen Steuererhöhungen führen.

Die SVP gibt nicht auf

Während die SVP im März fast im Alleingang den vom Parlament beschlossenen Familienartikel verhinderte, scheiterte sie nun mit ihrem eigenen familienpolitischen Projekt. Die Schuld für die Niederlage gibt die SVP der «breiten Behörden- und Medienkampagne». Mit der Warnung von Bund und Kantonen vor Steuerausfällen von 1,4 Milliarden sei das Volk «angelogen» worden, sagte die Berner SVP-Nationalrätin Nadja Pieren. Nachdem die Initiative in einer Umfrage im Oktober noch von 64 Prozent unterstützt worden war, habe eine «Medienhitz» eingesetzt. Ihren Kampf für die «Gleichbehandlung» der Familien will die SVP aber weiterführen. So verlangt sie von Widmer-Schlumpf und den Kantonen einen Bericht, der die Gesamtkosten für die Betreuung in Krippen und Tagesschulen aufzeigt. Aufgrund dieser «Vollkostenrechnung» müsse erneut diskutiert werden, wie die «Gleichbehandlung» jener Eltern erreicht werde, die ihre Kinder selber betreuen.

Die Gegner der SVP-Initiative schliesen aus dem Nein hingegen, dass das Volk keine einseitige Förderung des traditionellen Familienmodells wolle. Ein systemfremder Steuerabzug, der nicht auf effektiven Kosten beruhe, sei verhindert worden. SP-Vizepräsidentin Jacqueline Fehr fordert nun eine rasche Verlängerung der Finanzhilfen des Bundes für die familienexterne Betreuung. Der geltende Beschluss läuft Ende Januar 2015 aus. Seit 2003 hat der Bund gegen 300 Millionen Franken Anschubfinanzierung für Krippen geleistet.

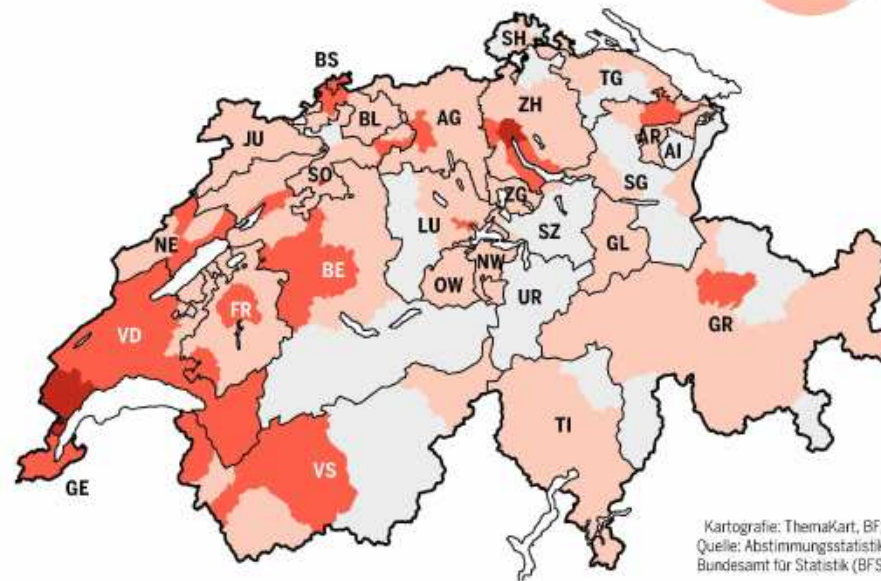
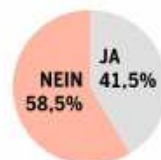


Die Anliegen der Familien bleiben im Fokus der Politik. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

SVP-Familieninitiative

Ja-Stimmen
 50-59,9%
 40-49,9%
 30-39,9%
 <30%

Stimmbeteiligung: 52,8%



Kartografie: ThemaKart, BFS
 Quelle: Abstimmungstatistik, Bundesamt für Statistik (BFS)

Kantone	Ja	Nein	% Ja
Zürich	186528	291187	39,0
Bern	162566	213317	43,2
Luzern	63370	77265	45,1
Uri	6420	6231	50,7
Schwyz	28907	27554	51,2
Obwalden	6556	7922	45,3
Nidwalden	7616	9844	43,6
Glarus	5100	6949	42,3
Zug	19246	24643	43,9
Freiburg	40445	59243	40,6
Solothurn	38736	53989	41,8
Basel-Stadt	21312	40902	34,3
Baselstid	39268	57240	40,7
Schaffhausen	15178	17289	46,7
Appenzell AR	9175	11733	43,9
Appenzell IR	2764	2539	52,1
St. Gallen	74572	87758	45,9
Graubünden	29454	3304	44,1
Aargau	89535	116334	43,5
Thurgau	39344	42030	48,3
Tessin	50275	57221	46,8
Waadt	73852	148692	33,2
Wallis	50620	68791	42,4
Neuenburg	22782	38692	37,1
Genève	41886	82102	33,8
Jura	14236	17705	44,6
Schweiz	1139743	1604476	41,5

Kommentar von Markus Brotschi

Schlechte Verliererin

Die SVP schreibt das Nein zur Familieninitiative einer Medien- und Behördenkampagne zu, mit der das Volk angelogen worden sei. Das zeugt von Frust, aber auch von schlechtem Stil der Verliererin. Der Frust ist verständlich, denn die Initiative stürzte nach einem anfänglichen Umfragehoch regelrecht ab. Hauptgrund für das deutliche Nein zum Eigenbetreuungsabzug war jedoch die Angst vor den finanziellen Folgen. Die Behauptung, der neue Steuerabzug lasse sich ohne Sparmassnahmen realisieren, erwies sich bei näherer Betrachtung als unhaltbar. Denn viele Kantone schnürten zurzeit Sparpakete, die den Stimmenden vor Augen führten, wie bei einem Ja zur Initiative die Steuerausfälle in Milliardenhöhe kompensiert worden wären.

Zum Verhängnis wurde der SVP zudem, dass sie die verschiedenen Familienmodelle gegeneinander

ausspielte. Als Hauptargument für den Eigenbetreuungsabzug führte sie ins Feld, dass der Staat heute die Krippenbetreuung privilegiere. Daraus liess sich ableiten, dass es der SVP vor allem darum ging, die finanzielle Unterstützung für die familienexterne Kinderbetreuung abzubauen. Der Vorschlag, die Familieninitiative mit einer Kürzung der bestehenden Krippenabzüge zu finanzieren, kam schliesslich von SVP-Exponenten selbst.

Ein grosser Teil der Bevölkerung möchte die Erziehungsarbeit der Eltern durchaus stärker honorieren. Davon zeugt unter anderem das gute erste Umfrageergebnis zur Familieninitiative. Aber nicht mehrheitsfähig ist eine Politik, die jenen Steine in den Weg legt, die ihre Kinder in Krippen und Tagesschulen schicken wollen - oder schicken müssen.

Familieninitiative

Nur drei Kantone stimmen zu

Familien, die ihre Kinder selber betreuen oder von Grosseltern, Verwandten oder Bekannten betreuen lassen, werden steuerlich nicht entlastet. 58,5 Prozent der Stimmenden haben eine Volksinitiative der SVP abgelehnt, die für die Eigenbetreuung einen gleich hohen Steuerabzug forderte wie für die Fremdbetreuung in kostenpflichtigen Horten. Damit hat die SVP zwar eine Niederlage eingefahren, die deutlicher ist, als es die Umfragen hatten vermuten lassen. Aber sie kann immerhin einen Ja-Stimmen-Anteil geltend machen, der klar über ihrem Wähleranteil liegt.

Drei Kantone haben der Initiative zugestimmt: Appenzell Innerrhoden (52,1 Prozent Ja), Schwyz (51,2) und Uri (50,7). Über 45 Prozent Zustimmung erhielt sie in den Kantonen Thurgau, Tessin, Schaffhausen und Luzern. Am höchsten war die Ablehnung in der Waadt (66,8 Prozent Nein), in Genf (66,2) und in Basel-Stadt (65,7). Über 60 Prozent lag der Nein-Stimmen-Anteil auch in Neuenburg und Zürich. Überdurchschnittlich war das Nein in den protestantischen Kantonen der Westschweiz und in rot-grün regierten Städten: Die Stadtzürcher sagten mit 72,8 Prozent Nein, die Stadtberner mit 76,1 (len)

«SVP wollte unser Thema besetzen»

Keine Partei tat sich mit der SVP-Familieninitiative so schwer wie die CVP. Von einem Hauskrach aber will der Parteichef nichts wissen.

Mit Christophe Darbellay sprach Felix Schindler

In einer von Ihnen signierten Medienmitteilung heisst es, die CVP begrüsse das Nein zur Familieninitiative. War es schwierig, gegen die eigene Überzeugung zu handeln? Die CVP-Delegiertenversammlung hat klar die Nein-Parole beschlossen, das Volk sieht es nun ähnlich. Es kam nicht gut an, dass die SVP plötzlich dieses Thema besetzen will. Denn jeder weiss, dass die CVP die Familienpartei ist. Die Vorlage war aus steuersystematischen Gesichtspunkten nicht ideal. Zudem war die Vorlage eine Fehlkonstruktion, weil sie verschiedene Familienmodelle gegeneinander ausspielte.

Sie selber waren immer für die Vorlage. Woher kommt der plötzliche Gesinnungswandel?

Ich unterscheide zwischen meiner persönlichen Haltung und jener der Partei. Ich selber war dafür. Dass die Initiative jetzt abgelehnt wurde, ist keine Tragödie für mich. Das A und O waren immer die beiden Familieninitiativen der CVP, die fürs Volk kommen werden. Mit der ersten wollen wir die Heiratsstrafe abschaffen, mit der zweiten Kinder- und Ausbildungszulagen von der Steuer befreien.

Die SVP-Initiative löste in der CVP einen veritablen Hauskrach aus. Können Sie jetzt einfach zur Tagesordnung übergehen?

Das war vor allem eine Diskussion. Es gehört zur Ehre einer Partei, dass man unterschiedliche Meinungen vertreten kann. Wichtig ist, dass wir alle dasselbe Ziel hatten: Wir wollen die bestmög-



Christophe Darbellay
 Der Walliser
 Nationalrat ist
 Präsident der CVP.

chen Voraussetzungen schaffen für die CVP-Vorlagen.

Machen Sie sich als Präsident keine Sorgen darüber, dass das Präsidium die Basis offensichtlich nicht richtig vertreten hat?

Es kann passieren, dass das Präsidium und die Delegierten nicht dieselbe Parole fassen. Aber das war eine Ausnahme. Wir sind in einer Demokratie und stellen uns dieser Diskussion.

Sie warben im Wallis, wo Sie Staatsrat werden wollen, aktiv für die SVP-Vorlage. Auch dort ist die Initiative durchgefallen. Wie interpretieren Sie dieses Resultat?

Die Walliser haben die Initiative auf Kantonsebene bereits umgesetzt und brauchten keine nationale Vorlage. Auch andere traditionell familienfreundliche Kantone wie Tessin und Graubünden sagten Nein. Dort zeigte sich, dass unsere Basis gespalten war. Meine Kandidatur als Staatsrat ist etwas anderes. Ich setze mich bei vielen Themen ein, die für die Walliser wichtiger sind als die Familieninitiative, etwa bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative.

Mit dem Nein der Delegierten hat die CVP die SVP verärgert. Kann das für die CVP-Initiativen zum Problem werden?

Wir zählen auf das Volk und die wichtigen Exponenten zahlreicher Parteien. Das Bundesgericht hat längst anerkannt, dass verheiratete Paare diskriminiert werden. Und auch die Steuerbefreiung von Kinder- und Ausbildungszulagen entspricht einem Common Sense.